

Konsequente Industriepolitik

Industriestandort Deutschland stärken

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich konsequent für den Industriestandort Deutschland ein. Nachdem die christlich-sozialen Abgeordneten bereits im Januar auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth einen Beschluss zur Sicherung des Industriestandorts Deutschland gefasst hatten, hat sich die christlich-liberale Koalition in dieser Woche im Bundestag mit der Stärkung des Industriestandorts Deutschland befasst.

Die Industrie ist traditionell eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft und wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Die Produktion hochwertiger Güter ist eine besondere Stärke unseres Landes, unsere Unternehmen sind in vielen Bereichen führend auf den Weltmärkten. Damit dies auch zukünftig so bleibt, hat die christlich-liberale Koalition in dieser Woche einen Antrag zur Industriepolitik in den Bundestag eingebracht und debattiert. Ziel des Antrags ist es, die Standortfaktoren für die Industrie weiter zu verbessern und Deutschland als Industriestandort zu stärken.

Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2011 mehr ins Ausland exportiert als je zuvor. Erstmals wurde durch die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse die Umsatzmarke von einer Billion Euro überschritten. Insbesondere die bayerischen Unternehmen haben in erheblichem Umfang zu der positiven Beschäftigungsentwicklung in unserem Land beigetragen. Unsere Industrie ist innovativ, investiert stark in Forschung und Entwicklung und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Gerade in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass die Industrie das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft ist.

Eine starke Wirtschaft und ein starker Mittelstand sind Voraussetzungen für den Wohlstand in unserem Land. Die CSU-Landes-

gruppe hat sich deshalb bereits im Januar auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth mit den Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Industriepolitik befasst. Die christlich-sozialen Abgeordneten stellten dabei klar, dass es Aufgabe des Gesetzgebers ist, einen zuverlässigen und zukunftsfähigen Ordnungsrahmen zu schaffen, der den Unternehmen genügend Freiraum für unternehmerische Entscheidungen lässt.

Neben der Sicherung erstklassiger Qualifikationen, modernen Technologien, kosteneffizientem und effektivem Umweltschutz und der Stärkung offener und effizienter Märkte stellt auch die sichere Versorgung mit Ressourcen ein wichtiges Thema für die christlich-

liberale Koalition dar. Deshalb hat sich der Bundestag in dieser Woche auf Initiative der christlich-liberalen

Koalition auch mit einem Antrag zur effizienten und nachhaltigen Nutzung von Ressourcen befasst. Das von der christlich-liberalen Koalition auf den Weg gebrachte Ressourceneffizienzprogramm leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung Deutschlands als Industriestandort. Eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen ist unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich weiter für zukunftsfähige Rahmenbedingungen ein und stellt dadurch sicher, dass Deutschland ein international wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Die Kanzlerin stellt sich in diesen Tagen an die Seite des amtierenden französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Dies liegt im Interesse unseres Landes, da der sozialistische Herausforderer die Verlässlichkeit der französischen Europapolitik in Frage stellt und die wichtigen Beschlüsse zur Stabilitätsunion aufkündigen möchte. Das wäre für Europa eine Rolle rückwärts. In dieser wichtigen Phase stellen Kanzlerin und französischer Präsident zu Recht dar, was gemeinsame Linie der konservativen Parteien in der Europapolitik ist.



Die Kritik der Opposition am engen Schulterschluss von Deutschland und Frankreich ist der durchsichtige Versuch, die christlich-liberale Koalition vom erfolgreichen europäischen Weg abzubringen. Das zeigt auch die Tatsache, dass die SPD keine Bedenken hatte, den sozialistischen Kandidaten Hollande im Dezember 2011 als einen der Hauptredner auf den SPD-Bundesparteitag einzuladen. Von konstruktiven Beiträgen zur Stabilität Europas hat sich diese Opposition offenbar verabschiedet.

Verlässlichkeit und Beharrlichkeit sind derzeit das wichtigste politische Kapital in den schwierigen Fragen der EU-Staatschuldenkrise. Das gilt insbesondere für den Umgang mit Griechenland. Das Land hat sich im Gegenzug zu den europäischen Finanzhilfen schon mehrfach zu Konsolidierungsmaßnahmen und Reformen verpflichtet. Wir müssen darauf bestehen, dass den Worten nun endlich auch Taten folgen. Erst wenn das griechische Parlament entsprechende Gesetze verabschiedet hat, kann und wird die christlich-liberale Koalition den Weg für ein zweites Hilfspaket freimachen. Wir stehen zu unserer Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

**Exportschlager
Made in Germany**

Arbeitsgruppe zu ländlichen Räumen

Koalition stärkt ländliche Regionen

Den ländlichen Räumen kommt eine ganz wesentliche Bedeutung als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum zu. Um den hohen Standard der Lebensverhältnisse in den ländlichen Regionen auch zukünftig sicherzustellen, hat die christlich-liberale Koalition eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung des ländlichen Raums eingesetzt.

Der ländliche Raum bietet hohe Lebensqualität und ein attraktives Lebensumfeld. Auf dem Land sind soziale Bindungen noch intakt, ehrenamtliches Engagement spielt eine große Rolle. Jeder zweite Deutsche wohnt auf dem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums.

Der ländliche Raum hat viele innovative Unternehmen, einen leistungsstarken Mittelstand und zahlreiche Handwerksbetriebe. Nicht nur unsere Land- und Forstwirtschaft, sondern auch die überwiegende Zahl der 3,5 Millionen Wirtschaftsbetriebe befindet sich in ländlichen Regionen. Der ländliche Raum stellt damit einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Moderne landwirtschaftliche Betriebe

sind ein Garant für eine sichere und hochwertige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die Landwirtschaft ist damit eine tragende Säule der ländlichen Räume.

Die Rahmenbedingungen für die ländlichen Räume haben sich jedoch in den vergangenen Jahren grundlegend geändert. Der Umstrukturierungsprozess in der Landwirtschaft, der demografische Wandel und die zunehmende Abwanderung junger Menschen stellen die ländlichen Räume vor neue Herausforderungen. Doch ländliche Räume haben Zukunft, bieten Perspektiven und verfügen über Potenzial, das dringend genutzt werden muss. Aus diesem Grund hat die christlich-liberale Koalition eine Arbeitsgruppe eingerichtet,

die noch innerhalb des ersten Halbjahres Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung des ländlichen Raums erarbeiten soll.

Die christlich-liberale Koalition setzt sich dafür ein, die Chancen und das Potenzial der ländlichen Räume herauszustellen. Die von der christlich-liberalen Koalition gebildete Arbeitsgruppe wird nach ganzheitlichen Lösungsansätzen suchen, um eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume zu gewährleisten und den Folgen des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Die CSU-Landesgruppe setzt sich für einen zukunftsfähigen ländlichen Raum ein und stärkt diesen als eigenständigen Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum.

Diese Woche

Konsequente Industriepolitik Industriestandort Deutschland stärken	1
Arbeitsgruppe zu ländlichen Räumen Koalition stärkt ländliche Regionen	2
Vermittlungsausschuss Gesetzesvorhaben realisieren	2
Infrastruktur Verkehrsprojekte umsetzen	2
Globalisierung Deutsche Interessen im Ausland entschlossen vertreten	3
Forschung Zivile Sicherheit verbessern	3
Konsequente Reformpolitik Neues Fundament für Landwirtschaftliche Sozialversicherung	4
Demokratisierung in Ägypten fortsetzen Bundestag verurteilt Anklage gegen Stiftungsmitarbeiter	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Vermittlungsausschuss

Gesetzesvorhaben realisieren

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat sich in dieser Woche auf einen Kompromiss zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und die Reform des Telekommunikationsgesetzes verständigt.

Das neue Kreislaufwirtschaftsrecht trägt dazu bei, die Qualität des Recyclings in Deutschland zu verbessern und den Wettbewerb zu stärken. Die CSU-Landesgruppe begrüßt diesen Schritt ausdrücklich, da die Position der Kommunen deutlich gestärkt wird, während bewährte Strukturen aufrecht erhalten bleiben. Mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes werden die gesetzlichen Grundlagen dem aktuellen Entwicklungsstand der Telekommunikation angepasst. Danach wird es für Telefonkunden einfacher, ihren Anbieter zu wechseln und Warteschleifen bei Telefonhotlines müssen zukünftig kostenfrei sein.

Infrastruktur

Verkehrsprojekte umsetzen

Die christlich-liberale Koalition hat im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags Maßnahmen zur Beschleunigung der Infrastruktur beschlossen. Wichtige Investitionen können nun zügig vorangebracht werden.

Für die beschleunigte Planung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen sind im Bundeshaushalt für dieses und nächstes Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich eingestellt. Diese sind dringend nötig, um Investitionen in unsere Bundesfern-, Bundeswasserstraßen und Bundesschienenwege schneller umsetzen zu können. Mit der vom Haushaltsausschuss behandelten Projektliste können nun laufende Maßnahmen beschleunigt werden. Gleichzeitig werden die von der Verkehrsbelastung besonders betroffenen Bürger schneller entlastet. In Bayern lassen sich damit wichtige Verkehrsprojekte – wie die Bundesautobahn A 94 – beschleunigt umsetzen.

Globalisierung

Deutsche Interessen im Ausland entschlossen vertreten

Der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Woche mit einem von der christlich-liberalen Koalition vorgestellten Globalisierungskonzept befasst. Dieses formuliert erstmals einen ressortübergreifenden Politikansatz, der sich auf insgesamt sechs Schwerpunktbereiche der deutschen Außenpolitik erstreckt.

Deutschland kann seine Interessen im europäischen und transatlantischen Verbund nur dann wirksam wahrnehmen, wenn es diese nach außen auch entschlossen vertritt. Dem Entstehen neuer Machtzentren sowie wachsenden internationalen Abhängigkeiten kann die deutsche Außenpolitik nur durch eine ressortübergreifende Politik entgegentreten.

Dieser Herausforderung wird die christlich-liberale Koalition durch das Konzept „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ nun einmal mehr gerecht. Das Globalisierungskonzept formuliert einen Politikansatz gegenüber aufstrebenden und einflussreichen Staaten und gibt der

deutschen Außenpolitik einen neuen strategischen Rahmen. Das Konzept umfasst sechs Schwerpunktbereiche und konkretisiert die außenpolitischen Interessen Deutschlands. Die außenpolitischen Ziele reichen dabei von globaler Ordnungspolitik wie der Achtung des Völkerrechts und der Stärkung multilateraler Strukturen bis hin zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich im Bundestag dafür ein, dass deutsche Diplomatie auch außenwirtschaftlich eine aktivere Rolle spielt und neue Gestaltungsmächte auf kooperative Weise in die internationalen Strukturen noch wirkungsvoller eingebunden werden.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Links blind I

Auf dem linken Auge blind – anders lässt sich die Einstellung vieler Roter, Grüner und Rostroter zu politisch motivierter Gewalt nicht erklären. Zu Recht gibt es in Deutschland eine breite Allianz gegen Gewalt und Terror durch Rechtsextremisten. Doch als diese Woche ein sprunghafter Anstieg linker Gewalttaten für das Jahr 2011 gemeldet wurde, blieb es links der Mitte erschreckend still. Wie die Passauer Neue Presse berichtete, wird die Zahl linksmotivierter Gewalttaten durch Nachmeldungen der Länder wohl noch weiter ansteigen. Viele der Opfer sind Polizisten, die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten. Während CDU und CSU weiterhin darauf bestehen, dass jede Form von Extremismus mit aller Härte des Gesetzes bekämpft werden muss, pflegen SPD, Grüne und Linke offenbar ein anderes Weltbild. Verantwortung für Deutschland sieht definitiv anders aus.

Links blind II

Die Brandenburger SPD ist offenbar vollkommen schmerzfrei, was den Umgang mit früheren Stasi-Mitarbeitern betrifft. Nicht nur haben sechs Landtagsabgeordnete ihres Koalitionspartners DIE LINKE früher für Mielkes Dienst gespitzelt, offenbar verfügt auch SPD-Innenminister Dietmar Woidke über keinerlei Sensibilität gegenüber den Opfern der SED-Diktatur. Zu der Frage, warum der brandenburgische Staatsschutz zu einem Drittel frühere Stasi-Mitarbeiter beschäftige, sagte er lapidar, man habe „qualifizierte Fachleute eingestellt“. Keine Kritik an der Entscheidung seines SPD-Vorgängers Alwin Ziel, diese Leute Mitte der 90er Jahre anzuheuern. Kein Wort dazu, dass damit „Fachleute“ für verdeckte Observationen und Telefonüberwachung zuständig sind, die Ähnliches schon für ein verbrecherisches Regime getan haben. Gegenüber den Stasi-Opfern ist das der blanke Hohn!

Forschung

Zivile Sicherheit verbessern

Um den Schutz von Bevölkerung und Infrastruktur in Deutschland weiter zu verbessern hat die christlich-liberale Koalition mit einem Antrag zur Forschung über die zivile Sicherheit neue Sicherheitslösungen auf den Weg gebracht.

Ereignisse wie der tragische Verlauf der Love-Parade in Duisburg, die verhinderten Kofferbombenattentate auf Züge der Deutschen Bahn, gehackte Nutzerdaten bei Unternehmen und sich schnell ausbreitende Infektionserkrankungen wie BSE und EHEC haben Fragen der zivilen Sicherheit in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die christlich-liberale Koalition unterstützt deshalb weiterhin die Forschung über die zivile Sicherheit.

Auf Initiative der Koalition hat sich der Bundestag deshalb in dieser Woche mit der Verbesserung der zivilen Sicherheit in Deutschland befasst. Ziel der Koalition ist es, die Sicherheit der Menschen und den Schutz kritischer Infrastrukturen zu erhöhen. Es sollen neue Möglichkeiten gesucht werden, die Sicherheit in Deutschland zu verbessern, ohne die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu beeinträchtigen.

Entsprechend dem Leitmotiv „Sicherheit als Basis eines freien Lebens“ werden mit einem neuen Rahmenprogramm innovative Lösungen erforscht. Neue Sicherheitslösungen, zum Schutz vor Bedrohungen durch Terrorismus, Sabotage, organisierter Kriminalität und vor den Folgen von Naturkatastrophen und technischen Großunfällen sollen untersucht werden. Gleichzeitig werden die wirtschaftlichen Chancen der zivilen Sicherheitsforschung genutzt und Deutschland als führender Anbieter von Sicherheitstechnologien weltweit etabliert.

Die CSU-Landesgruppe sorgt dafür, dass unsere Sicherheitskonzepte den neuen Herausforderungen besser gerecht werden und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und der wichtigen Infrastruktur dadurch weiter verbessert wird.

Konsequente Reformpolitik

Neues Fundament für Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative der christlich-liberalen Koalition am Donnerstag die Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung beschlossen. Mit der Zustimmung des Bundestags zum Gesetzentwurf hat die Koalition eine entscheidende Grundlage für die Modernisierung der agrarsozialen Sicherungssysteme gelegt.

Der anhaltende Strukturwandel in der Landwirtschaft hat dazu geführt, dass die Zahl der Versicherten in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung seit vielen Jahren rückläufig ist. Dieser Entwicklung hat die christlich-liberale Koalition durch die Bildung einer einheitlichen Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau nun Rechnung getragen.

Mit der Neuordnung der Organisationsstruktur wird die Aufgabenerledigung durch umfassende Bündelung bei einem bundeseinheitlichen Träger effizienter gestaltet. Dieser soll künftig für die Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung der Branche zuständig sein und den Titel „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“ tragen. Die bisherigen regionalen

Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, die Träger für den Gartenbau und der Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung werden in den neuen Bundeträger eingegliedert. Die einheitliche Sozialversicherung beseitigt aufgrund regional unterschiedlicher Beiträge bestehende Wettbewerbsverzerrungen und wird den Interessen der verschiedenen Sparten gleichermaßen gerecht. Die Reform stellt sicher, dass die Beschäftigten in der Landwirtschaft, im Gartenbau und in der Forstwirtschaft auch in Zukunft von fachkundigen Mitarbeitern in einem eigenständigen Sozialversicherungssystem betreut werden.

Neben der Neuordnung der Sozialversicherung modifiziert und erleichtert das beschlossene Gesetz auch die landwirtschaftliche Hofab-

gabe. Die christlich-liberale Koalition bekennt sich damit ausdrücklich zur Beibehaltung der Hofabgabeverpflichtung als wirksame agrarstrukturelle Maßnahme.

Die gesamte Organisationsreform trägt dazu bei, das bewährte berufsständische Sicherungssystem im Interesse der Landwirte und ihrer Familien dauerhaft leistungsfähig zu erhalten. Davon profitiert Bayern als landwirtschaftlich geprägtes Bundesland in besonderem Maße. Die CSU-Landesgruppe erhält damit die Eigenständigkeit eines bewährten Systems, gestaltet dieses zukunftsfest und trägt dem Strukturwandel Rechnung. Gleichzeitig wird eine moderne Organisationsstruktur aufgebaut, die durch einen bundeseinheitlichen Beitragsatz mehr Gerechtigkeit schafft.

Demokratisierung in Ägypten fortsetzen

Bundestag verurteilt Anklage gegen Stiftungsmitarbeiter

Am 6. Februar wurde bekannt, dass gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde. Dieses Vorgehen der ägyptischen Behörden verurteilt der Deutsche Bundestag und fordert entsprechend einem Antrag der christlich-liberalen Koalition, das Strafverfahren einzustellen.

Deutsche politische Stiftungen fördern seit langem die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ägypten. Stiftungen wie die Konrad-Adenauer- oder Hanns-Seidel-Stiftung sind wichtige Partner Deutschlands in Kairo und arbeiten unmittelbar mit den Menschen in der Region zusammen. Die Stiftungen leisten hervorragende Arbeit und sind wertvolle Mittler bei politischen Reformprozessen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung engagiert sich seit mehr als dreißig Jahren in Ägypten für die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte.

Seit der Durchsuchung der Büroräume der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo im Dezember vergangenen Jahres wird die Arbeit der Stiftung von den ägyptischen Behörden behindert.

Nun wurde von ägyptischer Seite offiziell bekannt gegeben, dass gegen Mitarbeiter der Stiftung Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern erhoben wurde. Diese Vorwürfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft sind haltlos. Die deutschen politischen Stiftungen gewährleisten bei ihren Projekten stets volle Transparenz.

Die Anklage gegen die Mitarbeiter ist umso unverständlicher, als sich Deutschland seit vielen Jahren in Absprache mit der ägyptischen Seite umfassend – auch finanziell – für den demokratischen Wandel in Ägypten einsetzt.

Das Vorgehen der ägyptischen Behörden verletzt aus Sicht des Deutschen Bundestags rechtsstaatliche Prinzipien und ist vollkommen inakzeptabel. Die Abgeordneten fordern deshalb, das Verfahren gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten umgehend einzustellen und die ungehinderte Arbeit der Stiftungen sicherzustellen.